



25. September 2018



v.l.n.r.: Hanne Modder, Peter Specke, Oliver Haupt, Wiebke Osigus

komba im Gespräch mit Spitze der SPD-Fraktion

Vor der abschließenden Haushaltsberatung im Nds. Landtag haben sich am 24. September der komba Landesvorsitzende Peter Specke sowie komba Fachbereichsleiter Recht und Tarif, Oliver Haupt mit Vertretern der SPD-Fraktion zu einem intensiven Meinungsaustausch über aktuelle Probleme getroffen. Schwerpunkte und Inhalte des Gespräches waren:

1. Weihnachtsgeld Beamte/Versorgungsempfänger

Der komba Landesvorsitzende Peter Specke und komba Fachbereichsleiter Oliver Haupt bedankten sich zunächst für die bisherige Unterstützung der SPD-Fraktion für die Einführung und Umsetzung der komba Forderung der LOB für kommunale Beamtinnen und Beamte in Niedersachsen, um die bisher bestehenden Gerechtigkeitslücken zu schließen. Dies alleine reichte aber bei weitem nicht aus, um den gegenwärtig bestehenden Besoldungsrückstand spürbar zu verringern. Insoweit war der aktuelle SPD Landesparteitagsbeschluss zur Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes für die Beamtinnen und Beamten ein deutlicher Forderungspunkt der komba Vertreter. In diesem Zusammenhang bekräftigten Peter Specke und Oliver Haupt nochmals die bestehenden Musterklagen zur Wiedereinführung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Hanne Modder zeigte deutliches Verständnis für die komba Forderung nach der Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes. In SPD-Arbeitskreisen sollen jetzt mögliche Konzepte für Besoldungs- und Versorgungsverbesserungen erarbeitet werden.

2. Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Ein zentraler Gesprächspunkt für die komba gewerkschaft waren darüber hinaus die komba Forderungen nach einem besseren Schutz und einer deutlichen Verschärfung von Gesetzen bezüglich der Gewalt gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Der

komba Landesvorsitzende Peter Specke sowie Fachbereichleiter Recht und Tarif Oliver Haupt bewerteten die jüngste Novelle der §§ 113, 114 und 115 des Strafgesetzbuches als unzureichend, da sie allein Übergriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst unter Strafe stelle, während die Mehrheit der Beschäftigten in Bund, Ländern und Kommunen nicht unter den Schutz des Gesetzes falle. Im kommunalen Bereich gebe es deutliche Zunahmen von Gewalt gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Dies sind nicht nur körperliche Gewaltakte sondern zunehmend deutlich aggressive, verbale Attacken auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst wie Jobcenter, Ausländerbehörden oder Kolleginnen und Kollegen im Ordnungsdienst. Der komba Landesvorsitzende forderte in diesem Zusammenhang eine Ausweitung des persönlichen Schutzbereiches der einschlägigen Strafvorschriften. Zudem könne eine öffentliche Kampagne den Wert des öffentlichen Dienstes herausstellen, das Ansehen insgesamt verbessern und somit helfen, Aggressivität und Gewalt gegen die Beschäftigten einzudämmen. Die Vertreter der SPD-Fraktion sagten eine umfassende Prüfung und zu, um das auch ihrer Sicht zunehmende Problem der Gewaltbereitschaft gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Griff zu bekommen.

3. Feuerwehrbereich

Ein weiterer Gesprächsschwerpunkt war der Feuerwehrbereich. Der komba Landesvorsitzende sowie komba Fachbereichsleiter Oliver Haupt bedankten sich zunächst für die Unterstützung zahlreicher komba Forderungen der letzten Jahre. Besonders hervorgehoben wurden hierbei die Umsetzung der komba Forderungen bezüglich Verbesserungen bei der NABK mit Herabsenkung der Regelaltergrenze, dem Beförderungsprogramm sowie die Übertragung der Zulagen. Für den Bereich der Berufsfeuerwehren war die verbesserte Möglichkeit des Praxisaufstiegs ein Erfolg für die Kolleginnen und Kollegen. Neben diesen spürbaren Verbesserungen müsse nach Ansicht der komba Gewerkschaftsvertreter aber im Feuerwehrbereich weiterhin deutlich investiert werden. Die komba fordert hier insbesondere eine weitere Anhebung der DuZ-Zuschläge sowie die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehrzulage sowie deren angemessene Erhöhung.

4. Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Dienst

Peter Specke und Oliver Haupt verwiesen auf die mehr als schwierige personelle Lage in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Vor diesem Hintergrund wurde der Koalitionsvertrag von SPD und CDU begrüßt, der ausdrücklich eine Attraktivität für den öffentlichen Dienst sicherstellen soll. Die Gewerkschaftsvertreter forderten nunmehr, dieses Versprechen mit Leben zu erfüllen. Dazu reiche es keinesfalls, dass jedes Ministerium hier für sich nach Lösungen suche. Erforderlich sei vielmehr ein Gesamtkonzept, das bis in die untergeordneten Behörden und Arbeitgeber durchgreife. In diesem Zusammenhang spiele das Thema Digitalisierung eine zentrale Rolle. Soweit hier die Chancen ergriffen würden, könne dies durchaus zu einer Attraktivitätssteigerung der Beschäftigungsbedingungen führen. Die SPD sagte eine detaillierte Prüfung zu.

Am Ende des Gespräches wurde vereinbart, den guten Draht und gegenseitigen Meinungsaustausch intensiv weiter fortzusetzen.